

### Rezension: Steffen Alisch: „Die Insel sollte sich das Meer nicht zum Feind machen!“ Die Berlin-Politik der SED zwischen Bau und Fall der Mauer

Widera, Thomas

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

**Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:**

Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Widera, T. (2006). Rezension: Steffen Alisch: „Die Insel sollte sich das Meer nicht zum Feind machen!“ Die Berlin-Politik der SED zwischen Bau und Fall der Mauer. [Rezension des Buches „Die Insel sollte sich das Meer nicht zum Feind machen!“ Die Berlin-Politik der SED zwischen Bau und Fall der Mauer, von S. Alisch]. *Totalitarismus und Demokratie*, 3(1), 171-174. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-351820>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

hand [...] Erst der Sturz der SED-Diktatur im Herbst 1989 brachte Ostdeutschland die Befreiung“ (S. 352).

Wie hatte der vom Autor so gescholtene frühere Bundespräsident fast versteckt im Schlussteil seiner inkriminierten Rede vom Jahre 1985 gesagt? Man lese es nach: „Wir haben die Zuversicht, dass der 8. Mai nicht das letzte Datum unserer Geschichte bleibt, das für alle Deutschen verbindlich ist.“ Könnte der Gescholtene mit dieser Zuversicht, viel schneller als damals zu ahnen gewesen war, recht behalten haben? Hubertus Knabe sollte „sine ira et studio“ auch einmal nachlesen.

*Dr. Manfred Zeidler, Böttgerstr. 2, D-60389 Frankfurt am Main.*



*Steffen Alisch, „Die Insel sollte sich das Meer nicht zum Feind machen!“ Die Berlin-Politik der SED zwischen Bau und Fall der Mauer, München 2004 (Verlag Ernst Vögel, Stamsried), 422 S.*

Der Politikwissenschaftler Steffen Alisch hat in seiner Dissertation zur „Berlin-Politik der SED zwischen Bau und Fall der Mauer“ ein äußerst anspruchsvolles und überdies zeitgeschichtlich brisantes Thema aufgegriffen. Die geteilte Stadt war während des gesamten Kalten Krieges, insbesondere in den Zeiten der verschärften Block-Konfrontation, Gegenstand von Begehrlichkeiten zwischen Ost und

West sowie ein Schauplatz für symbolische Politik. Für die Bewohner West-Berlins hingegen besaß Berlin-Politik nicht erst mit der vollständigen Abriegelung der innerdeutschen Grenze im August 1961, sondern zu jedem Zeitpunkt existentielle Bedeutung. Ihre Interessen des alltäglichen Daseins befanden sich stets im Spannungsfeld unterschiedlichster politischer Interessen; bis 1989/90 setzten für das Leben in Berlin „globale, nationale und lokale Faktoren und Akteure“ in besonderem Maße Rahmenbedingungen (S. 375). Gemeinsam lag den Westalliierten, dem Berliner Senat und der Bundesregierung daran, den Status der Stadt zu festigen und zugleich die Situation der eingeschlossenen Bevölkerung zu verbessern. Für die SED-Führung wiederum waren die Menschen lediglich Verhandlungsmasse; sie bemühte sich um den Ausbau ihres Einflusses: Nachdem sie sich vom Wunsch einer Einverleibung hatte verabschieden müssen, versuchte sie immer wieder politischen Druck auszuüben und ihre ungünstige internationale Stellung aufzuwerten. Letztendlich konnte sie in langwierigen Verhandlungen aufgrund von primär ökonomischen Zwängen schrittweise zu Zugeständnissen bewegt werden.

Statusfragen und Hoheitsrechte beeinträchtigten immer wieder die „Berliner Variante der deutsch-deutschen ‚Vertragspolitik‘“ (S. 16) und verlangten einen

sensiblen Umgang mit allen Fragen. Maßgeblich richtet Alisch den Fokus auf die deutschen Verhandlungspartner, er untersucht die (West-)Berlin-Politik der SED-Führung und die (Ost-)Berlin-Politik des Berliner Senats sowie die Wechselbeziehungen zwischen beiden. Nachdem die DDR-Führung den Vier-Mächte-Status der Gesamtstadt schon in den fünfziger Jahren als nicht mehr gültig bezeichnet und einen Konfrontationskurs eingeschlagen hatte, erwuchs nach dem Mauerbau aus den Bemühungen der Sozialdemokraten um Erleichterungen das Konzept der späteren Ostpolitik. Dem war ein „schmerzhafter Prozess des Umdenkens“ vorausgegangen. Willy Brandt und Egon Bahr entwarfen die „Politik der kleinen Schritte“, deren vorrangiges Ziel nicht die Abschaffung der Mauer war. Sie sollte in erster Linie durchlässiger gemacht werden, um humanitäre Anliegen zu befördern (S. 377). Das Vier-Mächte-Abkommen über West-Berlin, von den Vertretern der Sowjetunion, der USA, Großbritanniens und Frankreichs am 3. September 1971 unterzeichnet, stabilisierte schließlich die Ausgangssituation und bedeutete zugleich den „Durchbruch für die geteilte Stadt“. Der sowjetischen Seite konnten Kompromisse abgerungen und die zuvor ins Stocken geratenen Gespräche zwischen Vertretern des Senats und der SED wieder in Bewegung gebracht werden (S. 163).

Die Studie folgt der Chronologie der Ereignisse und ist übersichtlich in zehn Kapitel gegliedert, ihr Zeitrahmen ist die Phase der Entspannungspolitik, als im internationalen Maßstab Koexistenz sukzessive an Stelle von Konfrontation trat. Zunächst skizziert Alisch nach einer einleitenden Beschreibung seiner methodischen Grundlagen und der politischen Rahmenbedingungen die Entwicklung von der Teilung Berlins bis zum Mauerbau und informiert den Leser über die Voraussetzungen des Untersuchungsgegenstandes. Diese Grundlagen sind unerlässlich für das Verständnis der komplexen politischen Auseinandersetzungen, die zu den Passierscheinabkommen (Kapitel IV) führten. Nach August 1961 war bis auf Ausnahmen den Einwohnern von West-Berlin erstmalig wieder zu Weihnachten 1963 ein Besuch im Ostteil der Stadt möglich geworden. Länger als zwei Jahre hatten die unermüdlichen Versuche der sozialdemokratischen Führung im Berliner Senat zur Schaffung von Besuchsmöglichkeiten gedauert. Erst der eingeleitete „Wandel durch Annäherung“ vermochte eine temporäre Breche in die von der SED-Führung verhängte absolute Blockade zu schlagen.

Ein ständiges Auf und Ab kennzeichnete die weiteren Etappen der Verhandlungen bis zum Vier-Mächte-Abkommen. Die SED-Führung bemühte sich in zäher Energie um die Anerkennung der DDR durch den Berliner Senat und die Bundesregierung, worunter sie gleichbedeutend die Verhinderung von bundesdeutschen Hoheitsakten im Westteil Berlins verstand. Als entgegen ihren Wünschen 1969 die Bundesversammlung in Berlin zusammentrat, ließ sie endgültig eine für die Osterfeiertage in Aussicht gestellte Passierscheinregelung platzen. Nach der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland im August 1970 geriet aber die SED zunehmend in die Defensive. Die sowjetische Führung setzte „eigene Interessen

gegenüber ihrem Ost-Berliner Satelliten konsequent“ durch und nutzte ihren „völkerrechtlichen Status als Siegermacht ohne Rücksicht auf den daraus resultierenden Ansehensverlust der DDR“ aus (S. 203). Infolge des Vier-Mächte-Abkommens war die SED-Führung genötigt, starr behauptete Positionen zu räumen und den Transitverkehr zwischen dem Bundesgebiet und Berlin direkt mit der Bonner Regierung vertraglich zu regeln und faktisch deren völkerrechtliche Zuständigkeit für West-Berlin zu akzeptieren. Diesem im fünften Kapitel eingehend thematisierten zentralen Gegenstand schließt sich eine Darstellung der weiteren Vertragspolitik an. Alisch geht in den Abschnitten VI und VII allgemeinen praktischen Fragen der Politik nach, etwa den Gesprächen zum Ausbau der Wasserstraßen oder zur S-Bahn, auch dem Müll- und Abwasser-Export in die DDR, wobei immer deutlicher deren finanzielle Abhängigkeit vom Westen zum Tragen kam. Diese, die ökonomischen und politischen Spielräume begrenzenden Beziehungen wiederum wurden in Moskau „mit einiger Skepsis“ betrachtet (S. 223).

In Kapitel VIII schließlich beschreibt Alisch den 1981 unter dem Regierenden Bürgermeister Richard von Weizsäcker eingeleiteten Positionswandel. Der CDU-geführte Senat zeigte sich erstmalig „ausdrücklich zu politischen Kontakten mit der DDR bereit“ (S. 302). Dies hatte die westliche Seite bis dahin peinlichst vermieden. Inzwischen konnten die SED-Funktionäre die Situation jedoch kaum für ihre strategischen Ziele nutzen und trotz dieser für sie völlig überraschenden Sachlage gingen dann sowohl die Vorbereitungen als auch der Verlauf der 750-Jahr-Feier Berlins mit erheblichen Dissonanzen einher. Im abschließenden Kapitel IX rechnet Alisch mit der von ihm als Entspannungspolitik „um jeden Preis“ (S. 354) gewerteten Annäherung der Berliner SPD an SED-Positionen nach 1981 ab. Er erblickt vornehmlich in den Konzessionen des damaligen Berliner SPD-Vorsitzenden Harry Ristock an die SED-Führung die Gefahr, West-Berlin habe „in den Ruin bzw. in eine weitgehende politische und ökonomische Abhängigkeit von der DDR getrieben“ werden können. Alisch bezeichnet die Akzeptanz von Ost-Berlin als Hauptstadt der DDR und die „faktische Rechtfertigung des Mauerbaus durch Ristock als moralisch verwerflich“, da dies eine Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft impliziert habe (S. 355 f.). Ob ein solcher Prozess allerdings eingeleitet wurde, wie weit er gegangen und ob es zu einer „Aushöhlung des Rechtsstatus der Stadt“ (S. 367) gekommen wäre, kann nur vermutet werden. „Die Folgen der inneren Annäherung zwischen SPD und SED in Berlin blieben aufgrund des revolutionären Umbruchs im Herbst 1989 glücklicherweise begrenzt“ (S. 372). So lässt sich jedenfalls nicht hinreichend ein Erfolg der SED-Politik in Bezug auf West-Berlin untermauern und die konstatierte „schwindende Widerstandskraft der West-Berliner politischen Klasse“ (S. 19) erklären.

Insgesamt erweist sich bei einem solchen Unterfangen der Umstand, dass Alisch neben den Archivalien der SED sowie der DDR-Staatsorgane auf West-Berliner Seite lediglich Erinnerungen beteiligter Politiker, aber keine Senatsak-

ten zur Verfügung standen, als äußerst hinderlich. Bedauerlicherweise erlaubte dies die Weigerung der Senatsverwaltung nicht. Nichtsdestoweniger erscheint in einer so wichtigen Frage eine Einbettung in die gesamtdeutschen Beziehungen und in die internationale Politik dringend geboten, obwohl nachvollziehbar ist, dass angesichts unzureichender Erschließung einschlägiger Archivbestände die innerdeutsche Regierungsebene gleichfalls weitgehend ausgespart wurde. Zudem konnten wegen der Vernichtung von Unterlagen der Hauptverwaltung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) dessen Bemühungen zur Einflussnahme auf die SED-Politik nur punktuell angesprochen werden: Ausgeklammert wurde somit der wichtige Komplex der Interdependenz von MfS und SED-Politbüro, in dem die Entscheidungen fielen. Pläne einer möglichen militärischen Intervention erwähnt Alisch gleichfalls, doch behandelt er sie nicht.

Offenkundig tangiert die jüngste deutsche Vergangenheit an der Schnittstelle des Kalten Krieges noch heute die Befindlichkeiten der internationalen Politik und mit dem Argument von Sicherheitsinteressen wird die Einsicht in Dokumente verhindert. Der eingeengte Zugang zu den Quellen bedingt somit Beschränkungen der Forschung, denen sie sich stellen und den Untersuchungsgegenstand an die Gegebenheiten adaptieren muss. Alisch hat diesen Faktoren Rechnung getragen und die Fragestellung seiner Studie entsprechend fokussiert. Er erschloss Antworten auf bisher ungeklärte Fragen aus den herangezogenen Unterlagen und verwies zugleich auf die noch offenen Probleme. Die Erträge des so abgesteckten Forschungsfeldes befriedigen aus den genannten Gründen nicht jedes Interesse, dessen ungeachtet wurde es akribisch und gründlich beackert, einleuchtend strukturiert und das Ergebnis in kompakter Form gut lesbar aufbereitet. Ein Personenregister rundet den Band ab, dem gebührende Aufmerksamkeit in Wissenschaft und Öffentlichkeit zu wünschen ist.

*Dr. Thomas Widera, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der Technischen Universität Dresden, D-01062 Dresden.*